

## «Wo soll das Geld herkommen?»

Donnerstag, 1. Januar 2009

Berlin (AP) Die gesetzlichen Krankenkassen halten sich noch bedeckt, wie viele Versicherte sich schon 2009 auf Zusatzbeiträge einstellen müssen. Dies könne sie noch nicht genau sagen, erklärte die Vorstandschefin des GKV-Spitzenverbands, Doris Pfeiffer, in einem Interview der Nachrichtenagentur AP. Sie äußerte grundsätzliche Kritik an dem zu Jahresbeginn gestarteten Gesundheitsfonds und mahnte weitere Reformen an.

AP: Was hat sich mit dem Gesundheitsfonds überhaupt konkret für Versicherte und Patienten geändert?

Doris Pfeiffer: Für die Versicherten hat sich vor allem der Preis geändert. Weil der einheitliche Beitragssatz jetzt bei 15,5 Prozent liegt, ist es für fast alle gesetzlich Versicherten teurer geworden. Dies liegt vor allem daran, dass die Ärzte höhere Honorare bekommen, die Krankenhäuser zusätzliche Einnahmen erhalten und die Arzneimittelausgaben steigen. Da die Mehreinnahmen jedoch unter den zu erwartenden Mehrkosten liegen, startet die gesetzliche Krankenversicherung mit einer angespannten Finanzlage in den Gesundheitsfonds.

AP: Sie haben Zusatzbeiträge auf breiter Front bereits für 2009 vorausgesagt. Noch hat aber keine große Kasse einen Zusatzbeitrag angekündigt. Wird es überhaupt dazu kommen?

Pfeiffer: Mit der Gesundheitsreform haben SPD und Union gemeinsam beschlossen, dass es künftig Zusatzbeiträge geben soll. Wenn nun den Kassen, die im Laufe des Jahres Zusatzbeiträge erheben müssen, pauschal Unwirtschaftlichkeit vorgeworfen würde, wäre dies unredlich. Entscheidend dafür, dass die ersten Krankenkassen noch in diesem Jahr Zusatzbeiträge werden erheben müssen, ist schließlich der von der Bundesregierung zu knapp festgelegte einheitliche Beitragssatz. So bekommen zum Beispiel allein durch die Krankenhausfinanzierungsreform die Krankenhäuser dieses Jahr 600 Millionen Euro mehr als im Gesundheitsfonds eingeplant sind. Wo soll das Geld herkommen, wenn nicht aus Rücklagen oder Zusatzbeiträgen?

AP: Wie viele Kassen werden Zusatzbeiträge erheben?

Pfeiffer: Wie viele Kassen dies betreffen wird, kann ich nicht genau sagen. Allerdings geht der Chef des Bundesversicherungsamtes, dem die Finanzplanungen aller bundesweiten Krankenkassen vorliegen, davon aus, dass in diesem Sommer rund 20 Kassen Zusatzbeiträge erheben müssen.

AP: Die Alternative zum Zusatzbeitrag ist Sparen, zum Beispiel bei Zusatzleistungen der Kassen. Kommt nun nach dem Beitragsschock auch noch die Billigmedizin?

Pfeiffer: Ich sehe keine Billigmedizin, im Gegenteil. Bei der medizinischen Versorgung nimmt Deutschland im weltweiten Vergleich nach wie vor einen Spitzenplatz ein. Ein Problem ist aber, dass der Gesundheitsfonds mit seinem Einheitsbeitrag die Möglichkeiten der einzelnen Kassen einschränkt, in neue Versorgungsmodelle zu investieren.

Eine Finanzierungsmöglichkeit von Investitionen, die heute Geld kosten, dafür aber später zu einer besseren Versorgung und damit auch zu Einsparungen führen, ist nicht vorgesehen. Wir werden sehr genau darauf achten, dass die gesetzliche Krankenversicherung beim Thema Innovationen nicht ins Hintertreffen gerät. Daran, dass die gute Versorgung der Patientinnen und Patienten auch unter Gesundheitsfonds-Bedingungen auf dem hohen Niveau erhalten bleibt, werden die Krankenkassen auch künftig mit Hochdruck arbeiten.

AP: Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat mit einem Sparpaket für Arzneimittel gedroht, sich aber noch nicht dazu entschlossen. Was passiert, wenn die Politik 2009 keine weitere Kostenbremse beschließt?

Pfeiffer: Sparpakete sind im Einzelfall als Sofortmaßnahmen willkommen. Sie können jedoch immer nur kurzfristig helfen, ändern aber nichts an den Strukturen. In einer alternden Gesellschaft und bei dem rasanten medizinischen Fortschritt müssen wir davon ausgehen, dass die Kosten für die medizinische Versorgung tendenziell weiter steigen werden.

Aber der Frage, wie man dieses Problem löst, ist die Politik leider in der letzten Gesundheitsreform aus dem Weg gegangen. Die Kombination aus Einheitsbeitrag, Gesundheitsfonds, Zusatzbeiträgen und Steuerzuschuss ist, was die grundsätzliche Finanzierungssystematik der gesetzlichen Krankenversicherung anbelangt, keine Lösung. Die Grundfrage, welche Teile der Gesellschaft künftig wie intensiv an der solidarischen Absicherung des individuellen Krankheitsrisikos beteiligt werden sollen, ist nach wie vor offen.

(Die Fragen in dem schriftlich geführten Interview stellte Verena Schmitt-Roschmann)

© 2009 The Associated Press. Alle Rechte vorbehalten - All Rights Reserved